



Presseschau vom 04.06.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.*) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/ nachts:

wpered.su: In Donezk erweitert die Pionierorganisation ihre Reihen.

Heute, am 3. Juni, haben die Kommunisten des Petrowskij-Bezirks von Donezk eine Veranstaltung zum Internationalen Kindertag durchgeführt. In der Kinderbibliothek bekam die Bezirkspionierorganisation ein weiteres Mitglied, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

de.sputniknews.com: „Rossiya Segodnya“-Chef brandmarkt Raub in Wohnung des Journalisten Wyschinski.

Der Generaldirektor von „Rossiya Segodnya“, Dmitri Kisseljow, hat den Raub in der Kiewer Wohnung des festgenommenen Chefredakteurs des Nachrichtenportals RIA Novosti Ukraina Kirill Wyschinski als „schamlose Plünderung“ bezeichnet.

„Das ist eine typische schamlose Plünderung, man kann es nicht anders nennen“, sagte Kisseljow gegenüber Sputnik.

Zuvor hatte der Anwalt von Wyschinski, Andrej Domanskij, Sputnik mitgeteilt, die Wohnung des Chefredakteurs des Nachrichtenportals RIA Novosti Ukraina sei am Sonntag ausgeraubt worden, die Polizei ermittle am Tatort.

Am 15. Mai hatten Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU) das Büro in Kiew, in dem die Korrespondenten der Nachrichtenagentur RIA Novosti Ukraina arbeiten, gestürmt und acht Stunden lang durchsucht. An demselben Tag war auch Wyschinski festgenommen worden.

Darüber hinaus hatte der SBU auch die Wohnung der Korrespondentin Ljudmila Lyssenko und des Geschäftsführers von RIA Novosti Ukraina, Andrej Borodin, durchsucht. Beide waren zum Verhör in den SBU vorgeladen worden.

Das Stadtgericht des südukrainischen Cherson hat gegen Wyschiski eine zweimonatige Untersuchungshaft ohne Möglichkeit einer Freilassung auf Kautions verhängt.

Der Generaldirektor von Rossiya Segodnya, Dmitri Kisseljow, hatte die sofortige Freilassung des festgenommenen Kirill Wyschinski gefordert. Die Chefredakteurin von Sputnik und RT, Margarita Simonjan, hatte das Vorgehen der ukrainischen Regierung als „Rache“ für die Eröffnung der 19 Kilometer langen Brücke zwischen der Schwarzmeer-Halbinsel Krim und dem übrigen Russland bezeichnet. Sie hatte dabei darauf verwiesen, das Portal RIA Novosti Ukraina stehe in keinem juristischen Zusammenhang mit der russischen Nachrichtenagentur Rossiya Segodnya, sei aber ein Informationspartner der Nachrichtenagentur.

Die Sprecherin des Außenministeriums Russlands, Maria Sacharowa, hatte sich über die grobe Verletzung der Rechte von Journalisten in der Ukraine empört und ein Ende der Willkür gefordert. Der russische Außenminister Sergej Lawrow bezeichnete seinerseits die Handlungen Kiews als inakzeptabel.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32077/19/320771926.jpg>

Vormittags:

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden viermal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowo, Prischib, Losowoje und Kalinowka**. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: US-Langstreckenbomber nahe russischer Grenze gesichtet. Strategische Langstreckenbomber der United States Air Force B-1B Lancer sind nach Angaben der westlichen Luftfahrt-Webseiten in der Nähe der russischen Grenzen beobachtet worden.

Nach Informationen der Luftfahrt-Webseiten wurden in der Nacht auf Samstag unweit der russischen Grenze in Baltikum zwei B-1B Lancer beobachtet. Am Samstag absolvierte dort jedoch nur eine B-1B Lancer Flüge.

Die Flugzeuge der US-Luftwaffe hätten stundenlange Übungsflüge unternommen. Außerdem wurde am 2. Juni das Flugzeug vom Typ Boeing P-8A Poseidon der US Navy in der Nähe der russischen Grenzen über dem Schwarzen Meer gesichtet. Die Maschine soll stundenlang entlang der Küste zwischen den Städten Sewastopol und Gelendschik geflogen sein.

Gleichzeitig soll eine strategische US-Aufklärungsdrohne RQ-4B Global Hawk mehrstündige Flüge entlang der Trennungslinie in Donbass absolviert haben. Die Drohne wurde später nahe der russischen Seegrenze im Gebiet der Halbinsel Krim beobachtet.

Beide Flugzeuge seien vom Militärflugplatz Sigonella (Sizilien, Italien) gestartet.

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 03. Juni 3:00 Uhr bis 04. Juni 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 16.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Sajzewo), Spartak, Donezk (Trudowskije), Dokutschajewsk, Nowaja Tawrija, Leninskoje, Dsershinskoje, Kominternowo, Sachanka, Besymennoje.**

Nach genaueren Informationen wurden folgende Schäden an zivilen Objekten in der Folge von Beschüssen festgestellt:

- Dokutschajewsk, Proletarskaja-Straße, neben Haus Nr. 8 ist eine außen liegende Gasleitung durchschlagen;
- Dokutschajewsk, Proletarskaja-Straße, neben Haus Nr. 12 ist eine Stromleitung beschädigt;
- Dokutschajewsk, Proletarskaja-Straße 14, 16, Verglasung.
- Alexandrowka, Lenin-Straße 34, Wände und Dach beschädigt;
- Alexandrowka, Lenin-Straße 14, 16, Dach beschädigt;
- Alexandrowka, Lenin-Straße 24, Verglasung beschädigt,

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 156. In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 222.

de.sputniknews.com: Diplomatische Quellen lüften erste Info zu Putin-Kim-Treffen.

Derzeit werden laut diplomatischen Quellen unterschiedliche Daten und Orte für ein Treffen zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem nordkoreanischen Staatschef Kim Jong-un behandelt. Es könnte unter anderem in Wladiwostok abgehalten werden.

Laut mit der Situation vertrauten diplomatischen Quellen könnte das Treffen zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem nordkoreanischen Staatschef Kim Jong-un im September am Rande des Östlichen Wirtschaftsforums in Wladiwostok stattfinden.

Eine Quelle teilte gegenüber Sputnik mit, dass die Möglichkeit einer Zusammenkunft nun „besprochen wird“. „Wir behandeln unterschiedliche Varianten“. Laut einer weiteren Quelle ist das Treffen bei dem Östlichen Wirtschaftsforum „möglich“. „Man wartet auf die Antwort auf einen Brief von Putin (an Kim Jong-un – Anm. d. Red.).“

Zuvor hatte die Zentrale Koreanische Nachrichtenagentur (KCNA) gemeldet, dass sich Russlands Außenminister, Sergej Lawrow, und der nordkoreanische Machthaber, Kim Jong-un, bei ihrem jüngsten Treffen in Pjöngjang über einen Gipfel zwischen beiden Ländern verständigt hätten.

Am vergangenen Donnerstag traf Lawrow zu einem offiziellen Besuch in Nordkorea ein. Bei dem Treffen mit Kim Jong-un wurden laut dem russischen Außenministerium die aktuelle Lage und die Zukunft der Beziehungen zwischen Moskau und Pjöngjang besprochen.

Lawrow unterstrich die Bereitschaft Russlands, bei der Umsetzung der Vereinbarungen zwischen Nord- und Südkorea zu helfen.

de.sputniknews.com: Syrien: Explosion in der Nähe von amerikanisch-französischer Militärbasis

Im Norden der syrischen Provinz Rakka ist es zu einer Explosion gekommen, meldet der Fernsehsender „Kurdistan-24“ am Montag.

Demnach befindet sich die Militärbasis in der Nähe von der Kleinstadt Ain Issa. Dort sind rund 200 amerikanische sowie 75 französische Soldaten stationiert.

Zu dem Vorfall werde ermittelt. Über Verletzte oder Todesopfer liegen zurzeit keine Informationen vor.

Dnr-online.ru: Der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko teilt mit, dass die ukrainischen Streitkräfte in der Nacht **Sajzewo** beschossen haben. In der Rybalko-Straße 175 wurde ein Haus zerstört. Verletzte gibt es nicht.

de.sputniknews.com: Putin erläutert, aus welchem Grund sein Treffen mit Trump bisher nicht stattfand.

Bisher hat kein Treffen zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und seinem amerikanischen Amtskollegen Donald Trump stattgefunden. Russlands Staatschef begründete dies mit dem innenpolitischen Kampf in den USA.

„Das muss man unsere Kollegen aus den USA fragen. Aus meiner Sicht ist es eine Folge des innenpolitischen Kampfes in den USA“, sagte Russlands Präsident, Wladimir Putin, in einem Interview für den österreichischen TV-Sender ORF.

Nachmittags:

de.sputniknews.com: „Mit Dummheit politische Dividende erzielen“: Moskau über neue britische Provokation

Der Vorschlag britischer Parlamentarier, Russland den Zugang zur Datenbank der internationalen Polizei Interpol zu verbieten, verletzt nicht nur die Interessen Moskaus, sondern auch die anderer Länder. Das sagte der Vizevorsitzende des Komitees für internationale Angelegenheiten im russischen Parlament Alexej Tschepa.

Zuvor hatten britische Parlamentarier laut der Zeitung „Daily Telegraph“ das Innenministerium des Landes aufgerufen, Russland aus Interpol auszuschließen. Grund soll die kurzfristige Festnahme des britischen Finanzinvestors Bill Browder durch die spanische Polizei gewesen sein. Laut Browder sei er nach Russlands Anfrage bei Interpol festgenommen worden. Dennoch hat weder die russische Botschaft noch die spanische Polizei diese Angaben bestätigt.

„Das ist ein weiterer Versuch, einen Skandal zu provozieren und uns zu stören, rechtmäßig international zu handeln“, sagte Tschepa. „Dies verletzt nicht nur unsere, sondern auch internationale Interessen. Solche Aktivitäten bieten Verbrechern Fluchtmöglichkeiten“.

Der Ausschluss Russlands aus Interpol könne den Kampf gegen den Terrorismus, Drogenhandel und wirtschaftliche Verbrechen negativ beeinflussen.

„Das ist eine Dummheit, die jemand mit Absicht auf irgendwelche politische Dividenden im Rahmen einer russophoben Kampagne umzusetzen versucht“, sagte der Politiker.

Browder ist Gründer der Kapitalanlage- und Vermögensverwaltungsgesellschaft Hermitage Capital Management. In den Jahren von 1995 bis 2007 war er einer der größten Auslandsinvestoren in Russland. Derzeit lebt er in London und wird von Russland gefahndet, wo er wegen Steuerhinterziehung im Magnitski Fall angeklagt und 2013 in Abwesenheit zu einer neunjährigen Freiheitsstrafe verurteilt wurde.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31704/10/317041071.jpg>

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin:

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner, obwohl die Zahl der Fälle von Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer unwesentlich zurückgegangen ist, häufiger schwere Waffen verwendet.

Die größte Zahl von Verstößen wurde in **Richtung Mariupol** festgestellt. **Kominternowo** haben die Kämpfer wieder mit schwerer Artillerie des Kalibers 122mm beschossen und sieben Granaten abgefeuert. Außerdem wurden von den Positionen der ukrainischen Besatzungskräfte **Leninskoje, Besymennoje, Sachanka, Dersshinskoje und Nowaja Tawrija** beschossen. Dabei hat der Gegner 60 Mörsergeschosse des Kalibers 120 bzw. 82mm abgefeuert und außerdem alle Arten von Granatwerfern und Schusswaffen eingesetzt, darunter großkalibrige. In drei Gebieten wurde die Aktivität von Scharfschützen festgestellt.

In Richtung Donezk haben die ukrainischen Kämpfer Dokutschajewsk, Spartak und den **Petrowskij-Bezirk von Donezk** beschossen und dabei 17 Mörsergeschosse des Kalibers 120 bzw. 82mm abgefeuert. Es wurden außerdem mehr als 40 Schüsse mit Granatwerfern und Schusswaffen festgestellt. Durch Beschuss von den Positionen der ukrainischen Kämpfer in Marjinka aus wurde ein Wohnhaus in **Alexandrowka** in der Lenin-Straße 34 beschädigt (Wand und Dach durchschlagen).

In **Richtung Gorlowka** hat der Gegner **Sajzewo** mit 82mm-Mörsern und automatischen Granatwerfern beschossen. Durch einen direkten Treffer eines ukrainischen Mörsergeschosses wurde ein privates Haus in der Rybalko-Straße 175 zerstört.

Insgesamt hat der Gegner in den letzten 24 Stunden **16-mal das Regime der Feueinstellung verletzt**.

Zu unserem großen Bedauern gab es Opfer. **Ein Soldat hat sein Leben für die Donezker Volksrepublik gegeben**.

Die verbrecherischen Handlungen der ukrainischen Kämpfer auf dem von ihnen besetzten Territorium und regelmäßige Morde an friedlichen Bürgern in Folge von Beschuss auf Ortschaften, die sich unter zeitweiliger Kontrolle Kiews befinden, rufen ein Anwachsen des Hasses der Bevölkerung auf das Regime Poroschenko und seine Helfershelfer hervor. Unter diesen Bedingungen kommt im Hinterland des Gegners die Bewegung der „Rächer des Volkes“ in Gang.

Nach der Umbildung der sogenannten „ATO“ zur „Operation der Besatzungskräfte“ ist die militärisch-politische Führung der Ukraine zu dem Schluss gekommen, dass das derzeitige Personal der Gruppierungen der ukrainischen Kämpfer nur mit Mühe den Partisanen standhalten kann. Im Zusammenhang damit wurde die Entscheidung getroffen, **auf dem von Kiew besetzten Territorium eine Territorialverteidigungsbrigade mit 5000 Mann** zu schaffen. Interessant sind das Personal und die Aufgaben dieser militärischen Formation. Derzeit werden im Generalstab der ukrainischen Streitkräfte Vorschläge für ihre Ausstattung ausgearbeitet. Für die Kommandoposten werden reguläre Offiziere der ukrainischen Streitkräfte mit zweifelhafter Reputation und Eigenschaften ernannt werden. Einfache Soldaten werden in anderen Truppenteilen ausgewählt und außerdem ist geplant, Kämpfer ungesetzlicher Formationen wie des „Rechten Sektors“ und Personen, die wegen verschiedener Vergehen Freiheitsstrafen verbüßen, heranzuziehen. Insbesondere ist Agitationsarbeit zum Gewinnen „neuer Vertragssoldaten“ in den Justizvollzugsanstalten der Oblaste Dnjepropetrowsk und Chakow vorgesehen.

Eine der grundlegenden Aufgaben dieser militarisierten „Zusammenrottung“ wird neben allen übrigen, die Einheiten der Territorialverteidigung zu eigen sind, die Durchführung von Suchmaßnahmen nach „gegen den Staat gerichteten Elementen“, die Blockade von Bezirken sein, um diese in der Folge zu liquidieren. Einfacher gesagt, **„Säuberungen“ unter der Zivilbevölkerung, wie sie die käuflichen Polizisten und Nazisten aus der SS-Division „Galizien“ in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges durchgeführt haben.**

Der Wiederhall des Scheiterns der Angriffshandlungen in Richtung Gorlowka wirkt sich weiter auf den Kommandeur der 24. Brigade aus. Unter anderem wurde vom Stab der „OOS“ eine Ermittlung zu den massenhaften Verlusten an Kämpfern der 24. Brigade bei den Angriffen am 21. Mai im Gebiet von Gorlowka abgeschlossen. Im Ergebnis der Untersuchung haben der Kommandeur der 24. mechanisierten Brigade und eine Reihe Funktionsträger der Brigade harte Strafen erhalten. Praktisch unterstreicht jede vom Stab der „OOS“ über Beteiligte an der gescheiterten Spezialoperation verhängte Strafe nicht nur deren Inkompetenz, sondern verstärkt auch den Minderwertigkeitskomplex der Terroristen, die die Anweisung haben, jetzt alle ihre Handlungen mit dem Kommando der Besatzungskräfte abstimmen, dem Stab detaillierte Pläne derartiger Provokationen vorzulegen. Anweisungen zur sorgfältigeren Planung von provokativen Aktivitäten haben auch die Kommandeure der Verbände der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ und „Ost“ erhalten. Wie es so heißt, die Bürokratie der Planung beerdigt alle verbrecherischen Initiativen des Gegners. Selbst wenn es nicht so ist, so werden gemeinsame Erörterungen und zahlreiche Abstimmungen ihrer unvernünftigen provokativen Aktivitäten zum Durchsickern von Informationen führen, und das heißt, es wird uns erlauben, den Banden der Terroristen effektiver Widerstand zu leisten.

Nach unseren Informationen verliert sich Najew weiter in der Lage und demonstriert seinen Untergebenen weiter seinen Zweifel an ihren Berichten. Im Einzelnen, am 27. Mai haben die Kämpfer in Folge weiterer gescheiterter Aktivitäten von Diversions- und Terrorgruppen des Gegners in Richtung Mariupol außer Toten auch einen ihrer Marineinfanteristen verloren, der angeblich gestern gefunden wurde. Najew wurde ein weiteres Mal nicht die Wahrheit berichtet. Dies geschah, um den zweifelnden Kommandeur zu beruhigen. Nach uns vorliegenden Informationen von Soldaten der 36. Marineinfanteriebrigade gilt der Soldat als vermisst. Nach Berichten, der von dem Auftrag zurückgekehrten Kämpfer geriet der Marineinfanterist auf eine Mine und wurde von seinen Kameraden auf dem Kampffeld zurückgelassen. Im Zusammenhang damit, dass das Kommando der 36. Brigade über eine zu geringe Zahl von Verlusten berichtet hat, Tote verheimlicht hat, windet es sich jetzt heraus, indem es die übergeordnete Führung betrügt. Wir sind überzeugt, dass der Tote nach einiger Zeit als Opfer eines Beschusses von den Positionen der Streitkräfte der DVR ausgegeben wird. Und außerdem wird, um die Zweifel Najews an der Zuverlässigkeit der Berichte des Brigadekommandeurs zu beseitigen, eine Reportage mit einem anderen Soldaten der

ukrainischen Streitkräfte vorbereitet, der eine Märchengeschichte erzählen wird, wie er die ganze Woche lang ruhig auf Minenfeldern herumgeschlendert ist.

Das ukrainische Kommando kann sich nicht damit abfinden, dass seine Kämpfer des tyrannischen Verhaltens gegenüber friedlichen Einwohnern auf von den ukrainischen Streitkräften besetztem Territorium beschuldigt werden. Dazu hat es ein weiteres Mal kontrollierte Journalisten der ukrainischen Fernsehsender „1+1“ und „ICTV“ in den Verantwortungsbereich der 24. Brigade der ukrainischen Streitkräfte geschickt. Unter anderem wird der Fernsehsender „1+1“ eine rechtfertigende Reportage zum Fall des Todes eines 15-jährigen Mädchen erstellen, in der nach der Ausübung von psychischem Druck auf die Zeugin ein Video vorgestellt werden wird, in dem eine für das verbrecherische Kiewer Regime günstige Interpretation ihrer Worte zu hören sein wird.

Der Fernsehsender „ICTV“ hat den Auftrag erhalten, die Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte, die den Wohnraum friedlicher Einwohner in Gladosowo, Metallist (Trawnwoje) und in der Tschigari-Schlucht (Ortschaft Jushnyj) ausplündern und ihre Häuser dann anzünden, zu rechtfertigen. Sie sollen dabei die gesamte Verantwortung auf Beschießungen von den Positionen der Streitkräfte der DVR schieben. Aber mit all diesen Fakes diskreditiert die ukrainische Regierung sich nur selbst, weil die Bevölkerung von Dsershinsk und Jushnoje die reale Situation in den Ortschaften kennt. Wir schlagen den Fernsehsendern vor, besser Reportagen darüber zu drehen, wie die von den Strafsoldaten der ukrainischen Streitkräfte vertriebenen Einwohner von Tschigari keinen vorläufigen Wohnort in Jushnoje finden können, dass die Behörden sie der Willkür des Schicksals überlassen haben und ihnen nicht einmal Plätze in Wohnheimen zur Verfügung gestellt haben. Und außerdem sollen sie die Lastwagenkolonne der ukrainischen Streitkräfte mit dem geraubten Besitz aus den verbrannten Häusern filmen.

Und zum Abschluss, nach unseren Informationen ist die Versorgung der operativ-taktischen Gruppe „Ost“ mit Treibstoff sehr niedrig und beträgt folgenden Anteil des geforderten Vorrats: Benzin – 30 Prozent, Diesel – 24 Prozent.

Zur Erhöhung der Kampffähigkeit der Einheiten wird das Kommando bald Maßnahmen zur Wiederauffüllung der Treibstoffvorräte organisieren, die erst Ende Juni abgeschlossen sein werden. Die geringen Treibstoffvorräte untergraben nicht nur die Kampffähigkeit der Einheiten der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“, sondern demoralisieren auch die ukrainischen Kämpfer, die überzeugt sind, dass Najew zielgerichtet dieses Gebiet für mögliche Gegenschläge des Gegners geschwächt hat.

Nach unseren Informationen erfahren die Besatzungs- und Terrorkräfte aufgrund des außerordentlichen Verbrauchs in anderen Richtungen einen Mangel an Treibstoff. Wir verfolgen die Lage und entdecken weiter schwache Punkte in der Verteidigung des Gegners. Im Fall des Beginns von Angriffshandlungen von Seiten der Besatzungskräfte sind wir bereit, diese entschieden abzuwehren.

de.sputniknews.com: Nach Appell von Wagenknecht: Kreml nimmt Stellung zu Russlands Rückkehr in G8.

Während die Bedeutung der G20, an der Russland aktiv teilnimmt, rasant wächst, verringert sich aus russischer Sicht die Aktualität des G8-Formats. Dies sagte der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow.

„Mit den Jahren sinkt, verringert sich aus russischer Sicht die Aktualität dieser Formation. Warum verringert sie sich? Weil die Bedeutung und Aktualität solcher Formate wie beispielweise der G20, an der sich Russland aktiv beteiligt, in einer sich ändernden Situation sowohl in internationalen politischen als auch in wirtschaftlichen Angelegenheiten rasant wächst“, sagte Peskow.

Mit diesen Worten kommentierte er die Frage von Journalisten, ob Russland eine Rückkehr zur G8 wünsche und brauche.

Ob Russland im Fall eines entsprechenden Vorschlags einer Wiederaufnahme in die G8 zusagen würde, sagte Peskow:

„Hypothetische Überlegungen sind hier kaum möglich.“

Zuvor hatte die Linksfraktionschefin, Sahra Wagenknecht, gegenüber dem „Deutschlandfunk“ gesagt, dass Russland wieder in die G8 geholt werden solle, „um dort auch eine Gegenmacht, eine Gegenpolitik zu entfalten“.

Die sieben führenden Industrienationen (USA, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Kanada, Japan und Italien) hatten 2014 vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise ihre Teilnahme am Gipfel mit Russland (G8) in Sotschi abgesagt. Stattdessen trafen sich die G7-Spitzenpolitiker ohne Russland in Brüssel. Damit war die Gruppe der Acht (G8) zur Gruppe der Sieben (G7) geschrumpft.

de.sputniknews.com: Putin verabschiedet Gegensanktionen gegen USA und ihre Verbündeten. Als Reaktion auf die Sanktionen der USA und weiterer Staaten gegen Russland hat Präsident Wladimir Putin Gegenmaßnahmen beschlossen. Das entsprechende Dokument wurde am Montag auf dem Portal für Rechtsinformationen publiziert.

Ein entsprechendes Gesetz sieht Gegensanktionen als Antwort auf „unfreundliche Handlungen“ der USA und ihrer Verbündeten vor.

Russland kann laut dem Gesetz die Kooperation mit unfreundlichen Staaten, Organisationen oder Privatpersonen, die „direkt oder indirekt“ unter der Gerichtsbarkeit unfreundlicher Staaten stehen, einstellen oder gar verbieten. Das Sanktionspaket sieht Import- und Exportverbote für Waren oder Rohstoffe vor. US-Firmen wird außerdem verboten, an russischen Privatisierungen und Staatseinkäufen teilzunehmen.

Der Präsident der Russischen Föderation darf in Übereinstimmung mit dem Strafpaket „auch andere Maßnahmen ergreifen“.

Mil-Inr.info: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko:

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich geändert und bleibt weiter angespannt.

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Straftruppen **viermal das Regime der Feueinstellung verletzt**.

Von Seiten der ukrainischen Verbrecher wurden die Positionen unserer Einheiten den Gebieten von **Kalinowo, Prischib, Losowoje und Kalinowka** beschossen.

Dabei verwendeten die ukrainischen Terroristen von den Minsker Vereinbarungen verbotene 120mm- und 82mm-Mörser, Granatwerfer verschiedener Art und großkalibrige Schusswaffen.

Insgesamt wurden mehr als 70 Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert.

Die ukrainischen Truppen führen Maßnahmen zur Verstärkung der Tarnung der Positionen in unmittelbarer Nähe der Kontaktlinie durch. Ziel dieser Maßnahmen ist es, von den Minsker Vereinbarungen verbotene Waffen, mit denen die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte regelmäßig das Territorium der Volksrepubliken beschießen, vor den OSZE-Beobachtern zu verheimlichen.

Am 2. Juni hat in den Einheiten der 14. Brigade der ukrainischen Streitkräfte die Arbeit einer Kommission des Stabs der Brigade begonnen, um die Maßnahmen zur Tarnung zu kontrollieren.

Außerdem haben ab dem 1. Juni im Gebiet von Solotoje Mitarbeiter der SBU in den Einheiten der genannten Brigade begonnen, Maßnahmen zur Entdeckung nicht erfasster Munition und Waffen durchzuführen.

Um sich mit der Situation im Südosten der Ukraine bekannt zu machen, ist heute ein Besuch einer UN-Delegation unter Leitung des besonderen Vertreters Melzer in der Zone der Operation der Strafkräfte der Ukraine geplant. Im Zusammenhang damit schließen wir nicht

aus, dass Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte erfolgt, um unsere Soldaten zu erwidern den Handlungen zu provozieren und anschließend die Volksrepubliken der Verletzung der Minsker Vereinbarungen zu beschuldigen. Zum Festhalten der erwidern den Handlungen werden in der OOS-Zone tätige ukrainische Fernsehsender (Perschij, Inter, ICTV) herangezogen werden.

Nach Informationen von unseren Quellen in den Spezialdiensten der Ukraine wird eine Reihe von Maßnahmen zur Diskreditierung von Vertretern der OSZE-Mission vorbereitet.

So wurde uns bekannt, dass auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium entlang der Kontaktlinie die Aktivität einiger Gruppen des Gegners erwartet wird, die sich in weißen Fahrzeugen der Marke „Toyota Land Cruiser“ mit darauf angebrachten Symbolen der OSZE-Mission fortbewegen werden. Im Zusammenhang damit bitten wir die internationalen Beobachter, wachsam und vorsichtig zu sein.

Die Volksmiliz hält das „Regime der Ruhe“ und die Minsker Vereinbarungen ein. Unsere Handlungen sind auf eine friedliche Lösung des Konflikts im Donbass ausgerichtet.

Die Einheiten der Truppenteile erhöhen planmäßig das Niveau ihrer Professionalität und Fähigkeit zur Erfüllung von Aufgaben zur Verteidigung und Gewährleistung der Sicherheit der Einwohner der Republik.

Frage: Das ukrainische Kommando beschuldigt die Volksmiliz der LVR der Verwendung von durch die Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen beim Beschuss von durch die ukrainischen Streitkräfte kontrollierten Ortschaften am letzten Wochenende. Darunter auch der Verwendung von 122mm-Artillerie. Wie können Sie das kommentieren?

Antwort: Alle solchen Erklärungen erfolgen nur zu einem Zweck – die eigenen verbrecherischen Handlungen und Provokationen zu rechtfertigen.

Es muss daran erinnert werden, dass dieser Krieg nur der jetzigen Kiewer Regierung nützt. Zur Durchführung von Kampfhandlungen im Donbass erhalten Poroschenko und sein Team Kredite bei westlichen Banken, ein Teil von diesen Mitteln landet in den Taschen der Beamten. Mir scheint, dass eine solche Lage die Kiewer Regierung erfreut...

de.sputniknews.com: Über „Saber Strike“ besorgt? Nato-Manöver immer unter Moskauer Lupe – Peskow

Moskau verfolgt die von der Nato durchgeführten Manöver und besonders jene, die in der Nähe von den russischen Grenzen stattfinden. Dies sagte am Montag der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow.

„In Moskau verfolgt man immer sehr aufmerksam alle von der Nato durchgeführten Manöver und besonders jene, die in der Nähe unserer Grenzen erfolgen. Über die Linie unserer entsprechenden Behörden werden natürlich alle notwendigen Maßnahmen zur Sicherheit unseres Landes vor dem Hintergrund solcher Manöver ergriffen“, sagte Peskow. Mit diesen Worten kommentierte er die Frage von Journalisten, inwiefern Moskau über die internationalen Nato-Militärübungen Saber Strike 2018 besorgt sei.

Am Sonntag war in der litauischen Hauptstadt Vilnius die Nato-Militärübung „Saber Strike“ gestartet. Dieses Jahr wird sie bis zum 15. Juni dauern.

Das „Saber Strike“-Manöver findet seit 2010 regelmäßig im Baltikum statt, weil der dortige Suwalki-Korridor (polnischer Landstrich zwischen russischem Kaliningrad und Belarus) angeblich von enormem strategischen Wert für die Nato ist.

de.sputniknews.com: Krim-Brücke: Letzter Pfeiler für Eisenbahnstrecke steht
Bauarbeiter haben den letzten Pfeiler für die Eisenbahnverbindung über die Straße von Kertsch eingeschlagen, wie das Informationszentrum "Krimski Most" berichtet. Ein Video von dem feierlichen Einsatz kursiert nun im Netz.

Somit sind die Arbeiten an dem Fundament für die künftige Eisenbahnverbindung der Krim-

Brücke abgeschlossen.

"Der letzte Rohrpfeiler wurde für die Brückenstütze Nummer 254 eingeschlagen. Insgesamt wurden für die Autobahn- und Eisenbahn-Verbindung der Krim-Brücke 6694 Pfeiler in den Grund der Meerenge von Kertsch eingeschlagen", heißt es aus dem Pressedienst des Infozentrums "Krimski Most".

Für eine längere Lebensdauer der Konstruktion in aggressiven Seegewässern wurde jeder Pfeiler mit einem Kern aus Beton und Stahl verstärkt.

Die 19 Kilometer lange Krim-Brücke, die die Halbinseln Krim und Taman verbindet, war am 16. Mai für den Autoverkehr freigegeben worden - ein halbes Jahr früher als geplant. Es handelt sich um die längste Brücke in Russland und ganz Europa.

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/SRe_rBzHGKA" frameborder="0" allow="autoplay; encrypted-media" allowfullscreen></iframe>

https://youtu.be/SRe_rBzHGKA

Dan-news.info: „In der Nacht vom 3. auf den 4. Juni befand sich die **Donezker Filterstation im Bereich der aktiven Kämpfe**. Um 6:30 Uhr wurden bei der Kontrolle des Territoriums detonierte Geschosse neben dem Verwaltungsgebäude und der Garage gefunden und außerdem Schäden an der Verglasung am Vorbau“, teilte der Pressedienst des kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“ mit.

Das Unternehmen teilte weiter mit, dass die Verschärfung der Lage an der DFS es verhindert, den Schichtwechsel des Personals rechtzeitig durchzuführen. „Unter solchen Bedingungen ist es äußerst schwierig, die Arbeit der Station zu gewährleisten“, wurde hinzugefügt.

de.sputniknews.com: Drohungen aus Estland: Russland könnte St. Petersburg verlieren.

Der ehemalige estnische Präsident Toomas Hendrik Ilves hat Russland im Fall eines Angriffs auf Estland mit dem Verlust von einigen Großstädten gedroht. Dabei gab er zu, dass es derzeit keine russische Gefahr für Estland gibt.

Ilves sagte in einem Gespräch mit der ukrainischen Online-Zeitung euointegration.com.ua, dass „im militärischen Sinne“ momentan keine Gefahr seitens Russlands bestehe. Dies sei ein „Vorteil der Nato-Mitgliedschaft“.

„Natürlich könnte Russland Estland angreifen. Kurz danach würde es aber sogar Omsk und Tomsk (Großstädte in Sibirien – Anm. der Red.) verlieren, geschweige denn St. Petersburg“, sagte der Ex-Präsident. Die Gefahr bestehe in der „Diskreditierung“ Estlands, womit sich Russland laut Ilves bereits seit 27 Jahren beschäftigt.

In der letzten Zeit sind immer öfter Erklärungen von Politikern aus den baltischen Ländern über eine wachsende Gefahr seitens Russlands zu hören. 2016 hatten die Nato-Länder beim Gipfel in Warschau beschlossen, Militärkontingente in Lettland, Litauen, Estland und Polen zu stationieren.

Moskau hat bereits mehrmals beteuert, dass es keinen Angriff auf irgendein Nato-Land plant. Doch die Allianz nutzt die Hysterie der Baltischen Länder, um ihre Präsenz an den russischen Grenzen zu rechtfertigen.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31656/27/316562793.jpg>

Dan-news.info: „In der DVR wurde der Zweimonatszeitraum zum Aufräumen und Verschönern der Territorien abgeschlossen. Die Arbeiten wurden vom 12. März bis 7. Mai durchgeführt und standen unter Kontrolle des Ministeriums für Bauwesen und Kommunalwirtschaft. In dieser Zeit wurden etwa 47.000 Bäume und Sträucher gepflanzt, mehr als 168.000 Blumen und 518 Quadratmeter Rasen ausgesät“, teilte der Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft Sergej Naumez.

Außerdem wurden mehr als 67.000 Quadratmeter Straßen, Parks und Plätze von Müll gereinigt, mehr als 2000 Haltestellen, Kinderspielflächen und Sportplätze in Ordnung gebracht. Ufer und Stände wurden gereinigt und Straßen repariert.

de.sputniknews.com: Fifa will rubinroten Stern auf Spasskaja-Turm des Kreml zurückgeben. Der Internationale Verband des Association Football (Fifa) wird das Promo-Video zur Fußball-WM 2018 in Russland, in dem auf dem Spasskaja-Turm statt eines rubinroten Sterns ein Kreuz dargestellt ist, neu auflegen. Dies berichteten russische Medien.

„Die Fifa ist sehr froh, dass das offizielle Video solch einen großen Anklang gefunden hat, besonders bei russischen Fans. Mit ihrer Hilfe konnten wir feststellen, dass bei der Darstellung dieses Objektes eine Ungenauigkeit zugelassen worden war. Wir arbeiten jetzt an einer neuen Version und werden sie in der nächsten Zeit veröffentlichen“, sagte ein Vertreter der Organisation gegenüber dem russischen Radiosender „Goworit Moskwa“.

Das Video war auf dem YouTube-Kanal der Fifa am 1. Juni veröffentlicht worden. Statt des rubinroten Sterns war auf dem Spasskaja-Turm irrtümlicherweise ein Kreuz dargestellt worden.

Die Fußball-WM 2018 wird in Russland in 11 Städten ausgetragen werden. Das Eröffnungsspiel zwischen Russland und Saudi-Arabien findet im Moskauer Luzhniki-Stadion am 14. Juni statt.

`<iframe width="640" height="360" src="https://www.youtube.com/embed/0B_Lu-Im408" frameborder="0" allow="autoplay; encrypted-media" allowfullscreen></iframe>`

https://youtu.be/0B_Lu-Im408

Dan-news.info: „Die Mitarbeiter der OSZE-Mission haben sich aufgrund des Beschlusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte geweigert, beim Schichtwechsel der Mitarbeiter der Donezker Filterstation mitzuwirken. Die Schicht der DFS ist gezwungen den zweiten Tag zu arbeiten. Wenn die Sicherheitsgarantien für die Mitarbeiter nicht eingehalten werden, so ist das Risiko für eine Stilllegung der DFS recht hoch“, teilte der Direktor der Abteilung für Wohnungs- und Kommunalwirtschaft des Ministeriums für Bauwesen und

Kommunalwirtschaft der DVR Denis Tschuprina mit.
Derzeit funktioniert die Station normal, eine unmittelbare Gefahr für eine Stilllegung besteht nicht.

de.sputniknews.com: Su-25-Tiefflug über Strand: Kiewer Streitkräfte erklären seltsames Manöver.

Der Tiefflug des Kampffjets Su-25 am Sonntag hat für viel Aufmerksamkeit im Netz gesorgt. Die ukrainischen Streitkräfte haben nun eine Begründung dargelegt.

Demnach soll der Flug im Rahmen der Luftübungen zum Schutz von staatlichen Militäreinrichtungen im Falle einer möglichen bewaffneten Aggression stattgefunden haben. „Eine der Aufgaben bestand darin, die Fliegergegenwirkung gegen einen möglichen Feind in relativ niedrigen Flughöhen zu üben. Die Su-25 hat genau das gemacht. Der Flug wurde in einer gesetzlich erlaubten Höhe unter Befolgung der technischen Regeln absolviert. Für das Leben und die Sicherheit der Menschen am Strand bestand keine Gefahr“, erklärte der Armeesprecher Dmitri Strutynski.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32100/90/321009076.jpg>

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/ptKXoBO0BFk" frameborder="0" allow="autoplay; encrypted-media" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/ptKXoBO0BFk>

ukrinform.ua: Kiew als Moskau: Lufthansa entschuldigt sich für Werbespot zu Fußball-WM. Die Lufthansa hat sich für ihren Werbefilm für Flüge zur Fußballweltmeisterschaft in Russland entschuldigt. Der Film mit in Kiew aufgenommenen Szenen wurde auch aus dem Internet entfernt, berichtet Aero.de.

Die Fluggesellschaft bestätigt, dass der Film „aus logistischen Gründen“ in Kiew gedreht wurde, und entschuldigte sich. "Wir haben in den ersten Kommentaren gesehen, dass dies in dem konkreten Fall die Gefühle einiger Nutzer verletzt hat". Laut der Lufthansa sei es bei Filmen und besonders Werbefilmen „nicht unüblich, diese nicht an Originalschauplätzen zu drehen“.

Der Spot zeigt zwei deutsche Fußballfans, die sich angeblich in Moskau befinden.

Der deutsche Journalist und Sachbuchautor, Boris Reitschuster, schrieb zuvor auf Facebook, unter Berufung auf einen Insider, der an der Produktion des Filmes beteiligt war, dass der

Werbefilm, „absichtlich in Kiew gedreht wurde, weil es in Russland zu schwierig gewesen wäre, die Genehmigungen zu erhalten“. „Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Ein Film fürs deutsche Publikum, in dem auch für ein weltoffenes Russland geworben wird, wird absichtlich in Kiew gedreht, weil Russland unter Putin eben nicht offen ist. Irre! ...So entsteht eine verzerrte Wahrnehmung. Und keinen interessiert es.“, so Reitschuster.

Dan-news.info: „In diesem Jahr wird es seit der Bildung des Kohle- und Energieministeriums eine Rekordzahl von Ferienplätzen geben. Wir erwarten, dass mindestens 6000 Werktätige und deren Familienangehörige Urlaubsplätze erhalten, das sind 1500 mehr als im letzten Jahr“, teilte der Kohle- und Energieminister der DVR Anatolij Nesterenko mit.

Heute hat das Ministerium die Feriensaison in Sedowo im Süden der Republik eröffnet, die Ferienbasis „Burewestnik“ hat die erste Belegung von Bergleuten der staatlichen Unternehmen „Donezker Kohleenergiegesellschaft“ und des Sasjadko-Bergwerks aufgenommen. Als nächste nehmen die Ferienheime des staatlichen Unternehmens „Toresanzrazit“ - „Goldenes Ufer“ und „Welle“ - ihre Arbeit auf, in ihnen werden Bergleute aus Sneshnoje, Tores, Schachtjorsk Urlaub machen.

„Ende Juni ist die Eröffnung des Kinderferienlagers „Orljonok“ des staatlichen Unternehmens „Makejewugol“ geplant“, teilte der Minister weiter mit.

Dieses Projekt wird unter der Schirmherrschaft des Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko mit Unterstützung des Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik und des Sozialversicherungsfonds für Fälle zeitweiliger Arbeitsunfähigkeit und in Zusammenhang mit der Mutterschaft realisiert. Während der Sommersaison können sich in dem Lager 1250 Kinder von Werktätigen erholen.

Das Kindererholungslager „Orljonok“ befindet sich im Dorf Blagodatnoje im Amwrosiewka-Bezirk. Das Ferienheim hatte seine Arbeit mit Beginn der Kämpfe im Donbass 2014 eingestellt.

Abends:

de.sputniknews.com: **„Regimewechsel sind keine russische Tradition“: Jakunin klärt deutschen Politiker auf.**

Tilo Gräser

Gegen westliche Missverständnisse und Fehldeutungen hat sich Wladimir Jakunin vom Forschungsinstitut „Dialog der Zivilisationen“ in der Zeitschrift „Cicero“ gewandt. In einem Streitgespräch mit CDU-Politiker Norbert Röttgen klärt er diesen über russische Politik auf. Er fordert vom Westen eine Rückkehr zur Diplomatie.

Russland soll ein aggressiver Staat sein, „der am liebsten morgen in Riga oder Tallinn einmarschieren würde“. Das ist das größte Missverständnis des Westens mit Blick auf Russland, sagt Wladimir Jakunin. Er ist Gründer des Forschungsinstituts „Dialog der Zivilisationen“ (DOC) und gilt als Vertrauter von Präsident Wladimir Putin.

Jakunin hat in einem Streitgespräch mit dem CDU-Politiker Norbert Röttgen, dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, auf dieses Missverständnis hingewiesen. Die Redaktion der Zeitschrift „Cicero“ hatte die beiden eingeladen und ihr Gespräch in der aktuellen Juni-Ausgabe veröffentlicht.

Westliche Vorurteile

Röttgen belegte dabei, wie verbreitet dieses Missverständnis bis in die Spitzen der bundesdeutschen Politik ist. So behauptete er, Russland habe in den vergangenen Jahren die europäische Friedensordnung verletzt und sei aus dieser gar ausgetreten. Es sei nicht bereit, die Souveränität anderer Nationen anzuerkennen, wie die Ereignisse in der Ukraine zeigten. Der CDU-Politiker meinte ebenso, die bundesdeutsche Bevölkerung schätze „realistisch“ ein, „dass unter Putin Russland seine politischen Ziele mit Waffengewalt sichern will“. Als

Beispiele dafür nannte er die Ukraine und Syrien.

Diese Aufzählung westlicher Vorurteile, die gleichzeitig die Ursachen für die genannten Konflikte auslassen, setzte Röttgen mit Vorwürfen gegen die russische Innenpolitik fort. Auch die Behauptung, niemand habe Moskau zugesagt, die Nato nicht Richtung Osten zu erweitern, ließ er nicht aus. „Polen hat sich selbst und aus eigenem Wunsch um eine Nato-Mitgliedschaft bemüht. Es ist also nicht die Nato, die sich gen Osten ausgedehnt hat, sondern es waren Länder Ost- und Mitteleuropas, die nach dem Westen strebten.“

Deutlicher Widerspruch

Was der CDU-Politiker so vereinfachend und verfälschend sagte, blieb nicht ohne Widerspruch Jakunins. Er gab Röttgen in dem Punkt Recht, dass es in Russland einen neuen Nationalstolz gibt. Russland habe bis zur Jahrhundertwende alles getan, „um ein Mitglied der internationalen Gemeinschaft zu werden und den Kalten Krieg hinter sich zu lassen“. Für den seither erfolgten Bewusstseinswandel gebe es eine Vorgeschichte. Jakunin verwies dabei auf die westlichen Versprechungen, die Nato nicht nach Osten zu erweitern, auf die völkerrechtswidrige Bombardierung Serbiens durch die Nato 1999 und auf die Ignoranz des Westens gegenüber russischen Interessen in der Ukraine. Dort habe Russland bis 2014 über 50 Milliarden Dollar investiert „und insofern starke Eigeninteressen“ gehabt.

Jakunins Hinweis auf die US-Interessen und -Einmischung bei den Ereignissen in der Ukraine, tat Röttgen als „Mythen“ ab. Immerhin gestand der bundesdeutsche Politiker ein, dass es ein europäischer Fehler gewesen sei, beim EU-Assoziierungsabkommen mit der Ukraine unterschätzt zu haben, wie derart einseitige Schritte in Moskau aufgenommen würden.

Falsche Interpretationen

Ansonsten wartete Röttgen mit dem tatsächlichen Mythos auf, 2014 habe sich in der Ukraine der „Virus der Freiheit“ verbreitet, der auch für Putin hätte gefährlich werden können. Darauf habe der russische Präsident militärisch reagiert, behauptete der CDU-Politiker, auch, um nicht weiteren Einfluss in den ehemaligen Sowjetrepubliken zu verlieren. Röttgen begründete das unter anderem mit Putins Aussage, der Zerfall der Sowjetunion sei die größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts gewesen.

Das sei eine „völlig falsche Interpretation“, entgegnete Jakunin im „Cicero“-Streitgespräch. „Es ging Putin nicht darum, der Sowjetunion nachzutruern. Sondern um das geopolitische Erdbeben mit all seinen Gefahren, das mit dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion einherging.“ Der Institutsgründer meinte, dass Moskau „die Entwicklungen in der ukrainischen Gesellschaft damals tatsächlich unterschätzt“ habe. „Wir dachten, angesichts der engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine müsse dasselbe auch für die beiden Völker gelten, die so etwas wie Geschwister sind – selbst in der Spätphase der Regentschaft von Janukowitsch wurde die Ukraine von Russland unterstützt.“ Der Westen habe die russischen Interessen nicht anerkannt, beklagte er.

Einzigste Alternative

Jakunin sieht bei einem großen Teil der Bevölkerung in der Bundesrepublik den Wunsch nach einem besseren Verhältnis zu Russland. Das sei kein Ausdruck von Bewunderung für Putin, sondern des Gespürs dafür, „welches Potenzial in einem engeren wirtschaftlichen Austausch zwischen Russland und Deutschland liegt“. Er fügte hinzu: „Für die USA wäre das allerdings ein Albtraum – darauf hat George Friedman vom amerikanischen Think-Tank Stratfor ausdrücklich hingewiesen.“

Er sei „fast krankhaft optimistisch“, antwortete Jakunin auf die Frage von Cicero-Chefredakteur Alexander Marguier nach Chancen für Putins Vorschlag einer „Wirtschaftsgemeinschaft von Lissabon bis Wladiwostok“. „Schließlich wäre die Alternative ein globaler Konflikt.“ Röttgen warf er vor, die russische Gesellschaft und die politische Führung des Landes auseinanderzudividieren. Die Zustimmungswerte von über 70 Prozent für Präsident Putin könnten nicht einfach so abgetan werden.

Drastische Vorwürfe

Die russische Politik habe im Zuge der Umwälzungen der vergangenen Jahre auch Fehler gemacht, gestand Jakunin ein. Er widersprach aber der deutschen Einschätzung, Moskau habe den Weg des Dialogs zugunsten militärischer Maßnahmen verlassen. CDU-Politiker Röttgen meinte darauf, es gebe jeweils Verständnis für die Gegenseite. Das könne es erleichtern, sich auf gemeinsame Regeln zu einigen. Als Beispiel nannte er die Souveränität anderer Staaten, die ihm zufolge jedoch anscheinend in Moskau als störend für Russlands Wettbewerbsfähigkeit gesehen würden.

Der einflussreiche deutsche Außenpolitiker bezeichnete dabei zwar die Invasion Iraks 2003 als „größtes außenpolitisches Desaster“ der USA seit dem Vietnamkrieg. Damit seien aber nur Regeln verletzt worden, während Russland „im Gegensatz zu den USA ganz grundsätzlich für sich in Anspruch nimmt, sich nicht an internationales Recht halten zu müssen“. Röttgen behauptete das ohne Beweise und trotz des russischen ausdrücklichen Bemühens, zum Beispiel die Uno zu stärken.

Notwendige Rückkehr

Sein russischer Gesprächspartner verwies daraufhin höflich auf die 50 versuchten oder vollzogenen Regimewechsel in anderen Staaten, für die die USA seit 1945 verantwortlich sind. Ebenso erinnerte er an die US-Militärbasen auf der ganzen Welt. „Regimewechsel stehen nicht in der Tradition russischer Außenpolitik“, erklärte Jakunin gegenüber Röttgen, der die Destabilisierung anderer Länder als „Alltag russischer Politik“ bezeichnete.

„Was wir dringend brauchen, ist eine Rückkehr zur Diplomatie“, so der Institutschef: „Und zwar zu einer Diplomatie, die nicht einer Schlägerei auf der Straße gleicht.“ Zuvor hatte er vorgeschlagen, „statt ständig mit dem Finger aufeinander zu zeigen, sollten wir uns tatsächlich um Lösungen bemühen. Es geht immerhin um das Überleben der Menschheit.“